

Einheitliche Handyregeln für Schulen gefordert

Der Zürcher Elternverband will, dass Natels ausgeschaltet bleiben

ROBIN SCHWARZENBACH

Smartphones in der Schule: ja oder nein? Falls ja, unter welchen Bedingungen? Und wer soll über diese Regeln bestimmen? Die Debatte dürfte weitergehen, auch in Zürich. Hier hat sich der Kanton bisher zurückgehalten mit eigenen Vorschriften. Primar- und Sekundarschulen sind Sache der Gemeinden. Diese verfügten über genügend Handlungsspielraum, um klare Vorgaben für den Gebrauch von Handys im Unterricht und auf dem Schulareal zu definieren. Das hält das Volksschulamt am Freitag auf Anfrage erneut fest.

Die Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO) hingegen findet: Das reicht nicht. Der Dachverband der Elternräte fordert kantonal einheitliche Regeln. Kinder brauchen Verlässlichkeit, Eltern Orientierung und Schulen Entlastung, teilte der Verband diese Woche in einer Medienmitteilung mit. Aber das sei nicht gegeben, denn: «Heute erleben wir einen Flickenteppich an Regelungen, der Unsicherheit schafft und Konflikte verstärkt, statt Lernen zu fördern», schreibt der Vorstand der Organisation.

Der Aargau als Vorbild

Die Elternvertretung hat klare Vorstellungen, wie ein solches Regelwerk aussehen könnte: Während der Schulzeit und in den Pausen sollen Handys, aber auch Smartwatches der Schüler «grundsätzlich ausgeschaltet und nicht sichtbar» bleiben. An allen Schulen im ganzen Kanton. Ausnahmen sollen möglich sein, sofern sie aus pädagogischen (das Smartphone als Arbeitsgerät im Unterricht) oder gesundheitlichen Gründen (zum Beispiel bei Diabetikern, die ihren Zuckerspiegel mit dem Handy überwachen) sinnvoll sind.

Als Vorbild für ein solches flächendeckendes Regime soll der Aargau gelten. Dort dürfen Kindergärtler, Primarschülerinnen und Sekundarschüler ihre smarten Geräte seit den Sommerferien nicht mehr benutzen, sobald sie das Schulareal betreten. Und zwar auf Geheiss des Kantons.

«Ein gesellschaftliches Problem»

Lena Fleisch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV), kann die Forderung der Elternvertreter nachvollziehen. Fake News, Cybermobbing, soziale Kontakte vernachlässigen, sich zu wenig bewegen, da man zu viel am Bildschirm klebt, um zu chatten, zu gamen, Filmchen zu schauen: «Das ist ein gesellschaftliches Problem, das verständlicherweise viele Mütter und Väter beschäftigt.» Aber die Volksschule habe sich diesen Fragen längst gestellt, betont die ZLV-Präsidentin. Jede Schule habe einen eigenen Weg gefunden für einen störungsfreien Unterricht – und für ein lebendiges Zusammensein auf dem Pausenplatz.

In der Hausordnung der Stadtzürcher Primar- und Sekundarschulen etwa ist bereits heute klipp und klar festgehalten: Smartphones dürfen «nur zu schulischen Zwecken» benützt werden. Sie müssen «ausgeschaltet und nicht sichtbar versorgt sein» – die Stadt Zürich hat also bereits vorgeschrieben, was die Elternorganisation nun zusätzlich vom Kanton einfordert. Für Lena Fleisch ist klar: Die Forderung der Elternvertreter hat eher mit deren Verunsicherung dem Riesenthema Smartphone gegenüber zu tun als mit dem – vermeintlichen – Umstand, dass Zürcher Schulen derart unterschiedlich damit umgingen, dass weitere Vorgaben von oben unumgänglich wären. Die Lehrerpräsidentin sagt: «Es braucht keine weiteren Regeln.»

Und selbst im Aargau sind sich die Verantwortlichen bewusst, dass Schule an den Schulen stattfindet und nicht in der Amtsstube. Zum eigenen Smartphone-Regime hält das dortige Bildungsdepartement fest: «Es ist nicht möglich, alle Einzelheiten auf Verordnungsebene zu regeln. Deshalb müssen die Schulen gewisse Handhabungen selbst bestimmen.»